

Antragsteller: KV Main-Kinzig

*Der Landeskongress möge beschließen:*

## Einführung eines schulformübergreifenden Pflichtfaches „Arbeit, Recht und Finanzen“

Die Jungen Liberalen fordern die Einführung eines für alle Schulformen verpflichtenden Faches „Arbeit, Recht und Finanzen“. Dieses soll entsprechend dem zukünftigen Abschlussgrad variabel auf allgemeine Rechtsgrundlagen der Erwerbstätigen, bürokratische Verfahrenswege zur Arbeitserlangung und Steuererklärung sowie praxisnahe Themen der Altersvorsorge und Finanzierung eingehen. Dabei ist eine Pflichtbelegzeit von mindestens einem Schuljahr vorgesehen, die innerhalb der letzten zwei Jahre vor Erlangung des jeweiligen Abschlusses zu absolvieren ist.

### Begründung:

Das vergangene Jahrzehnt wurde mehr denn je von gravierenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformmaßnahmen geprägt, die in erster Linie Instrumente zur Effizienzsteigerung des Sozialstaates und Tragfähigkeit des Generationenvertrages bereitstellen sollten. Anstatt die hieraus resultierenden Konsequenzen für Erwerbsfähige mit angepassten Ausbildungsinhalten zu ergänzen, hat sich das deutsche Schulsystem von der Lebenswirklichkeit des Durchschnittsschülers in verantwortungsloser Weise verabschiedet. Zunehmend unsichere Rentenansprüche, die hohe Komplexität des Steuersystems und mangelnde Kenntnis von Verfahrenswegen im Behördenschwungel belasten zukünftige Abgänger jeglicher Schulformen und erfordern einen erweiterten Bildungsauftrag. Wir als JuLis haben ein fundamentales Interesse daran, die Freiheit des Bürgers vor staatlicher Bevormundung zu schützen. Dies setzt jedoch voraus, dass jeder Bürger unabhängig von seinen finanziellen Mitteln die Chance erhält, grundlegende Kenntnisse des Steuerrechts, privater Vorsorgemodelle oder seiner Anspruchsgrundlagen zu erwerben. Je nach Schulform müssen bedarfsgerechte Schwerpunkthinhalte angeboten werden, die der zukünftigen Erwerbssituation der Schüler angemessen Rechnung tragen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Startchancen in das Berufsleben nicht bereits durch die Undurchsichtigkeit staatlicher Regelungswut und fehlende Finanzierungsstrategien torpediert werden.